

R

REGION

Kurznachrichten

Mehr unter suedostschweiz.ch/miniregion

CHUR

Die Bündner Juso sagt zweimal Ja und einmal Nein

An ihrer Vollversammlung von Ende März hat die Juso Graubünden die Ja-Parole zur Änderung des Filmgesetzes gefasst. Für Heimproduktionen und nationale Filme seien Ressourcen ein Muss, schreibt die Partei in einer Mitteilung. Auch zur Änderung des Transplantationsgesetzes sagt die Juso Ja. Das Frontex-Referendum dagegen lehnt sie ab. Die Juso Graubünden könne nicht verantworten, dass die Schweiz als Rechtsstaat wissentlich Menschenrechtsverletzungen finanziere, heisst es dazu. Neu in den Vorstand gewählt wurde an der Vollversammlung Maja Redies aus Davos. (red)

CHUR

Brand in Schrebergarten geht glimpflich aus



In Chur ist es am Samstag zu einem Brand in einem Schrebergarten gekommen. Wie die Kantonspolizei Graubünden in einer Mitteilung schreibt, wurde das Feuer kurz nach 17 Uhr gemeldet. Beim Eintreffen der Feuerwehr sei ein Gartenhaus in Flammen gestanden. Der Brandherd habe rasch gelöscht werden können. Es sei Sachschaden entstanden, so die Kantonspolizei. Die Rheinstrasse wurde für die Löscharbeiten während rund zwei Stunden gesperrt. Die Stadtpolizei und die Feuerwehr Chur standen mit einem Grossaufgebot im Einsatz. Die Brandursache sei noch Gegenstand laufender Ermittlungen. (red)

LANDQUART

Corneliani mit italienischer Mode im Fashion Outlet

Im Landquart Fashion Outlet hat im März die Luxusmodemarke Corneliani eine Boutique eröffnet. Auf einer Ladenfläche von 170 Quadratmetern verkauft das italienische, in den 1930er-Jahren gegründete Unternehmen Herrenbekleidung, wie es in einer Mitteilung des Landquart Fashion Outlet heisst. (red)

CHUR

Graubünden Ferien lanciert das Bündner Bergmanifest

Immer mehr Menschen entdecken ihre Freude an den Bergen. Diese Wiederentdeckung führe dazu, dass die Natur stärker belastet werde, schreibt Graubünden Ferien (GRF) in einer Medienmitteilung. Insofern sei es wichtig, dass jede und jeder Einzelne der Umwelt noch mehr Sorge trage. Inspiriert vom «Icelandic Pledge» verfasste GRF deshalb das Bündner Bergmanifest. Dieses zeige in zehn einfachen Punkten, wie man mit Respekt in den Bergen unterwegs sei und wie man sich gegenüber der Natur und allen Lebewesen korrekt verhalte. Ab sofort können Einheimische und Gäste das Manifest unterzeichnen. Die ersten 10 000 Menschen, die versprechen, sich an dieses halten zu wollen, erscheinen laut GRF mit ihrem Namen auf der Website buendner-bergmanifest.ch. (red)



Hochkarätiges Podium: Christian Cebulj von der Theologischen Hochschule Chur moderiert das «Wissenschaftscafé» zum Thema «Sind Kirchen ihr Geld wert?»; seine Gäste sind Daniel Kosch, Anna-Margreth Holzinger, Andri Münger (von rechts) und Andreas Kyriacou (zugeschaltet).

Bild Olivia Aebli-Item

Gutes und weniger Gutes zu Kirchensteuern

Eine Politikerin, ein Theologe, ein Jugendarbeiter und ein Freidenker reden über Kirchensteuern. Fast alle sprechen vom Gleichen. Und die Zeit ist knapp.

von Pierina Hassler

Die traditionellen Schweizer Kirchen verlieren immer mehr Mitglieder. «Wegen der Kirchensteuern», sagen Kritikerinnen und Kritiker dieses Systems. Man wolle Rom nicht mitfinanzieren. Keine kirchlichen Gebäude bauen oder renovieren. Keine Wohnung für den Bischof bezahlen, so die Argumente. Eins vorweg: Wer will, kann die Finanzen kontrollieren. Mehr dazu etwas später. Und ein Schelm, wer denkt, er habe noch nie, wenn auch indirekt, von den Kirchensteuern profitiert – aber auch davon etwas später.

Nach zwei Jahren Coronazwangspause hat sich die Veranstaltungsreihe «Wissenschaftscafé Graubünden» an das heisse Eisen «Kirchensteuern» gewagt. Im Restaurant «B12» in Chur diskutierten unter der Leitung von Christian Cebulj, Rektor der Theologischen Hochschule Chur, die Schierse FDP-Grossrätin Anna-Margreth Holzinger, der Theologe und Generalsekretär der römisch-katholischen Zentralkonferenz Daniel

Kosch, Andri Münger von der Kantonsleitung Jungwacht Blauring Graubünden (Jubla) und – zugeschaltet aus Zürich – Andreas Kyriacou, Präsident der Freidenker Schweiz, zum Thema «Sind Kirchen ihr Geld wert?».

Kein Schlagabtausch

Moderator Cebulj wollte von der Teilnehmerin und den Teilnehmern ein kurzes Anfangsstatement. «Ich spreche mich für ein klares Ja mit einem kleinen Aber aus», sagte Holzinger. Sie könne Leute verstehen, die sich Gedanken zu den Kirchensteuern machen würden. «Wenn sie aber positive Erlebnisse im Gottesdienst haben, denken sie nicht darüber nach.»

Die Jubla profitiere von der Kirchensteuer, sagte Münger. «Dank Beiträgen und Unterstützung müssen wir uns nicht noch mehr mit der Finanzierung von Lagern auseinandersetzen.» Theologe Kosch war der Fachmann zum Thema Kirchensteuern in der Schweiz. Augenzwinkernd meinte er: «Sie werden ja nicht davon ausgehen, dass ich gegen Kirchensteuern bin.» Und Freidenker-Präsident Kyria-

cou fand es schlicht nicht ideal, dass Gelder aufgrund einer Weltanschauung verteilt werden.

Die Auslegeordnung der Podiumsteilnehmer war gemacht. Wirklich gegen die Kirchensteuern war niemand. Dies hatte auch damit zu tun, dass Kyriacou mit technischen Problemen zu kämpfen hatte. Er hörte in Zürich nicht immer das, was im Saal in Chur gesprochen wurde. Ein richtiger Schlagabtausch, wie vielleicht erwartet, konnte so nicht stattfinden. Andererseits brachte Befürworter Kosch die Sachlage trocken und mit Fakten unterlegt auf den Tisch. Kyriacou konnte nicht immer dagegenhalten.

Gelder für Rom

Kosch erklärte den Anwesenden, worum es bei den Kirchensteuern überhaupt geht. Dieses Steuerrecht werde vom Staat den demokratisch organisierten Kirchgemeinden übertragen. Die Politischen Gemeinden würden den Steuerfuss festsetzen sowie Jahresbudget und Jahresrechnung genehmigen. «Die Gelder werden von einer gewählten kirchlichen Behörde verwaltet», so Kosch. Alle stimmberechtigten Mitglieder der Kirchgemeinde hätten die Möglichkeit, an der Kirchgemeindeversammlung teilzunehmen. Und so auch Einsicht, was mit dem Geld passiere.

Auch die Verwendung der Mittel sei transparent, so Kosch. Man könne davon ausgehen, dass von 100 Prozent Kirchensteuern in der Gemeinde etwa fünf bis zehn Prozent an die Landeskirche gehen würden. Damit werden laut Kosch kantonale Stellen wie beispielsweise Caritas, Katechetische Arbeitsstellen, Fachstellen für Jugendarbeit und Erwachsenenbildung finanziert. Über 90 Prozent der Kirchensteuern würden also der Gemeinde zugutekommen, in der bezahlt werde. «Nach Rom

wandert gar nichts», erklärte Kosch den Anwesenden.

Freidenker Kyriacou wandte ein, dass ein grosser Teil der Gelder in Kirchen und Pfarreizentren fliessen würde. «Und apropos, es geht nichts nach Rom, vier Millionen Franken werden in den Bau der neuen Kaserne investiert.» Jugendarbeiter Münger war hingegen froh, dass dank der Kirchensteuer auch in Gebäude investiert wird. «So haben die Jugendlichen einen Raum, um sich zu verwirklichen.» Allerdings könnte er sich

«Nach Rom wandert gar nichts.»

Daniel Kosch
Generalsekretär
röm.-kath. Zentralkonferenz

vorstellen, dass die Gelder auch an Nichtregierungsorganisationen (NGO) verteilt werden. Worauf Kosch konterte, die Jubla sei auch eine NGO.

Zu guter Letzt blieb noch ein bisschen Zeit für Fragen aus dem Publikum. Ein Mann wünschte sich, dass Einkommensschwache von der Kirchensteuer befreit würden oder nur so viel bezahlen müssten, wie sie auch könnten. Die Zeit für eine Antwort reichte nicht. Eine Politikerin, ein Theologe, ein Jugendarbeiter und ein Freidenker wollten zusammen mit dem Publikum eineinhalb Stunden engagiert diskutieren. Die Zeit dafür war etwas zu knapp. Das Thema Kirchenfinanzen ist komplizierter als nur die Konsequenz eines Kirchenaustritts.

Kirchensteuern im Kanton Graubünden

In Graubünden bilden Einkommens- und Vermögenssteuern die Basis für die Berechnung der Kirchensteuer. Die Steuerbefreiung ist nur mit einem offiziellen Kirchaustritt möglich. Im Jahre 2011 forderte der damalige Generalvikar Martin Griching, die Kirchen- zuhanden einer Mandatssteuer abschaf-

fen. Bei der Mandatssteuer kann der Steuerpflichtige selber wählen, welcher Kirche, Religionsgemeinschaft oder staatlicher Organisation für humanitäre Zwecke er seine Abgabe zuführen will. Dies löse das Austrittsproblem in der Kirche, so Griching. Anderer Meinung war Daniel Kosch, Generalse-

ekretär der römisch-katholischen Zentralkonferenz. Durch eine Mandatssteuer würden die Bischöfe über deren Erträge verfügen. Die Gemeinden wären in ihrer Ausgestaltung des kirchlichen Lebens eingeschränkt. Es wäre auch eine massive Einschränkung der Mitbestimmung aller Gläubigen (hap)